

Den „Schatz unter der Straße“ bewahren

Vorfahrt für Investitionen in die kommunale Wasser- und Abwasserinfrastruktur

Klimarobust, resilient und zukunftsfest

Die **Infrastruktur** der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft ist ein **bedeutender Vermögenswert der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune**, ein zuverlässiger „Schatz unter der Straße“. Leitungs- und Kanalnetze sind **unverzichtbare Lebensadern** der Städte und Gemeinden und die Grundlage für eine starke wirtschaftliche Entwicklung. Die Corona-Pandemie und die verheerende Flutkatastrophe haben die Bedeutung einer reibungslos funktionierenden und jederzeit verlässlichen Daseinsvorsorge eindrucksvoll ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Wie unter einem Brennglas wurde dadurch sichtbar, warum wir den „Schatz unter der Straße“ angemessen wahren müssen, damit wir uns auch in Zukunft darauf verlassen können.

Die kommunale Wasserwirtschaft bewirtschaftet ein **generationenübergreifendes Infrastrukturvermögen** mit Sorgfalt und hoher Kostenverantwortung. **Dabei muss klar sein: Infrastrukturerhalt geht nicht ohne Anstrengungen.** Erforderlich sind fortlaufend hohe Investitionen, auch wenn bei den Leitungs- und Kanalnetzen der Verschleiß nicht sofort sichtbar wird. Der Erhalt wasserwirtschaftlicher Infrastruktur ist eine Daueraufgabe, die es nicht zum Nulltarif gibt und die mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen noch anspruchsvoller wird. Von Klimawandel bis Demografie und Spurenstoffe: Wir brauchen ein **Infrastruktur-Update**, das unsere **Infrastruktursysteme zukunftsfest** macht und die **Resilienz weiter stärkt!**

Um diese Herausforderungen zukünftig zu **bezahlbaren Entgelten** zu meistern, braucht es ein klares Bekenntnis der Politik, Infrastrukturinvestitionen Vorfahrt einzuräumen. Das Potential für darüber hinausgehende Kostenbelastungen ist sehr begrenzt und der bislang gewählte Weg, die Kosten umweltpolitischer Maßnahmen auf die Wasser- und Abwasserkunden umzulegen, muss ein Ende finden. Es ist Zeit für mehr umweltpolitischen Mut, die **Verursacher von Umweltbelastungen stärker in die Pflicht zu nehmen.** Für einen beschleunigten und zukunftsfesten Infrastrukturerhalt müssen jetzt die Steine aus dem Weg geräumt werden, damit **Daseinsvorsorge generationengerecht finanziert** werden kann.

5 Forderungen für zukunftsfeste Infrastrukturen

- 1. Finanzierung kontinuierlich sicherstellen:** Der Schatz unter der Straße wird nur selten sichtbar, aber er muss fortlaufend gepflegt werden. Das erfordert kontinuierlich ausreichende Investitionsmittel. Dafür bedarf es politischer Akzeptanz und gezielter Förderung.
- 2. Verursacherprinzip konsequent umsetzen:** Für die Finanzierung notwendiger umweltpolitischer Maßnahmen dürfen nicht nur die Kundinnen und Kunden der Wasser- und Abwasserwirtschaft herangezogen werden. Die Finanzierungsinstrumente müssen ausgebaut werden, zuerst durch eine erweiterte Herstellerverantwortung.
- 3. Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort stärken** anstatt einheitliche Lösungen für alle Wasserver- und Abwasserentsorger gesetzlich vorzuschreiben. Die Aufgabenträger treffen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger passgenaue Investitionsentscheidungen, um den Herausforderungen vor Ort gerecht zu werden.
- 4. Investitionshemmnisse abbauen:** Infrastrukturentwicklung scheitert nicht allein am Geld. Kapazitätsengpässe in der Baubranche sowie in den Bauabteilungen spitzen sich weiter zu. Stetige Investitionen wirken dem entgegen; sie schaffen Planungssicherheit für den Fachkräfteaufbau. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden.
- 5. Kostenfolgen in der Gesamtschau berücksichtigen:** Jeder Gebühreneuro kann nur einmal ausgegeben werden. Nicht alles umweltpolitisch Wünschenswerte kann deshalb überall und sofort umgesetzt werden. Gesetzliche Anforderungen, die zusätzliche Investitionen auslösen, müssen deshalb auch die Finanzierungsfrage klären. Die Gebührenschaube darf nicht überdreht werden.

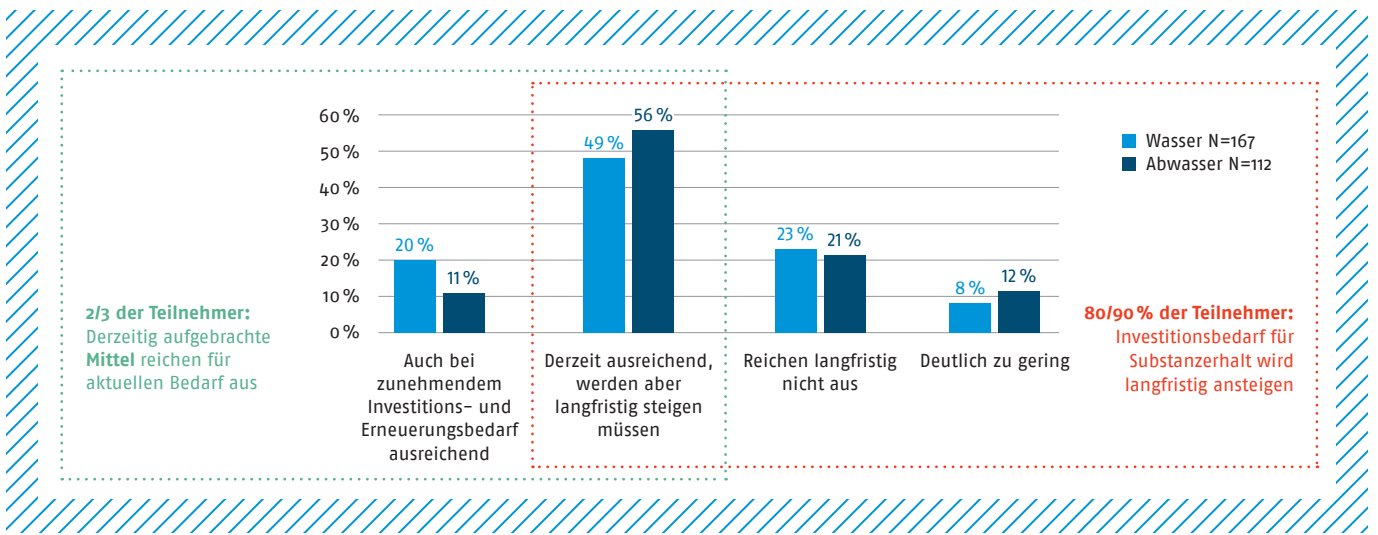


Abbildung 1: Werden ausreichende finanzielle Mittel für den Substanzerhalt aufgebracht – heute und in Zukunft?

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Mittel für Infrastrukturerhalt müssen steigen

Kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger investieren beständig auf hohem Niveau. In den letzten Jahren sind die **Investitionen** in beiden Bereichen zusammen **auf jährlich etwa 8 Milliarden Euro angewachsen** (vgl. Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2020). Von den VKU-Mitgliedern geben über 80 Prozent der befragten Unternehmen an, dass sie ihre Investitionen in den Infrastrukturerhalt in den vergangenen 5 Jahren bereits – teilweise deutlich – erhöht haben. Wenn die gute infrastrukturelle Basis der kommunalen Wasserwirtschaft dauerhaft erhalten und zugleich fit für die wachsenden Herausforderungen gemacht werden soll, zeichnet sich jedoch bereits heute ab, dass die **Infrastrukturausgaben in den kommenden Jahren in vielen Regionen nochmals deutlich ansteigen müssen** (s. Abbildung 1). Zwar geben zwei Drittel an, dass die derzeit für den Substanzerhalt aufgewendeten Mittel für den aktuellen Bedarf ausreichen. Gleichzeitig gehen aber 80 Prozent der Trinkwasserversorger und 90 Prozent der Abwasserentsorger davon aus, zukünftig deutlich höhere Investitionen für den Erhalt und die Entwicklung der Infrastruktur aufbringen zu müssen.

Infrastrukturerhalt bleibt Daueraufgabe

Für die befragten Unternehmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung ist der Erhalt und die Erneuerung der bestehenden Infra-

strukturen mit 88 Prozent bzw. 79 Prozent die Hauptlast Nummer eins bei der Investition der verfügbaren Mittel (s. Abbildung 2). Besonders der **Erhalt der Leitungs- und Kanalnetze bleibt eine Daueraufgabe** der Unternehmen, die dafür zuständig sind, dass die Netze von heute auch morgen noch zuverlässig und sicher funktionieren. Genau wie bei Straßen und Gebäuden, die für uns täglich sichtbar sind, müssen ebenfalls die unter der Straße befindlichen Infrastrukturen kontinuierlich instand gehalten und erneuert werden, damit sie dauerhaft funktionieren. Dazu sind jedes Jahr erhebliche Investitionen erforderlich. Die Leitungsnetze der Trinkwasserversorgung in Deutschland kommen zusammen auf eine Länge von etwa 540.000 Kilometer, die öffentlichen Abwasserkanäle auf ca. 590.000 Kilometer. Selbst wenn eine Leitung oder ein Kanal über eine Dauer von 100 Jahren genutzt werden könnte, was in Einzelfällen sogar vorkommt, müssten die Unternehmen der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung jedes Jahr etwa 5.400 Kilometer bzw. 5.900 Kilometer – also ein Prozent der Gesamtnetze – erneuern. Zum Vergleich: Mit Blick auf die Wegstrecke entspricht das der Erneuerung der längsten deutschen Autobahn A7 von Flensburg bis ins Allgäu. Und zwar 5,5- bis 6 Mal, jedes Jahr. Da die durchschnittliche Nutzungsdauer kürzer ausfällt, ist es sogar noch mehr. Anhand dieser Relationen wird klar, dass dafür Jahr für Jahr enorme Investitionen notwendig sind.

Sowohl in der Trinkwasserversorgung als auch in der Abwasserentsorgung nimmt die **Ausrichtung der Investitionstätigkeit auf die Auswirkungen des Klimawandels** deutlich zu (s. Abbildung 2).

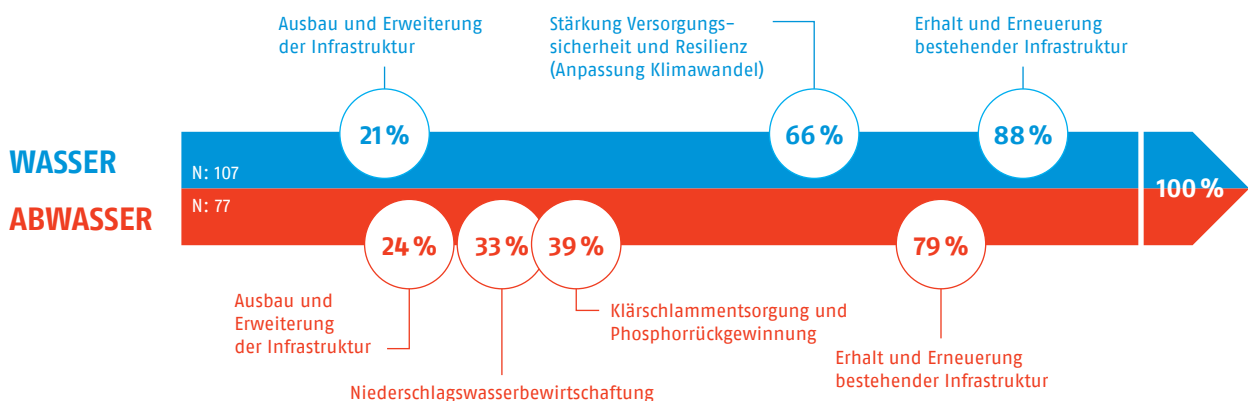


Abbildung 2: Wo liegen zukünftig finanzielle Schwerpunkte der Investitionstätigkeit?

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

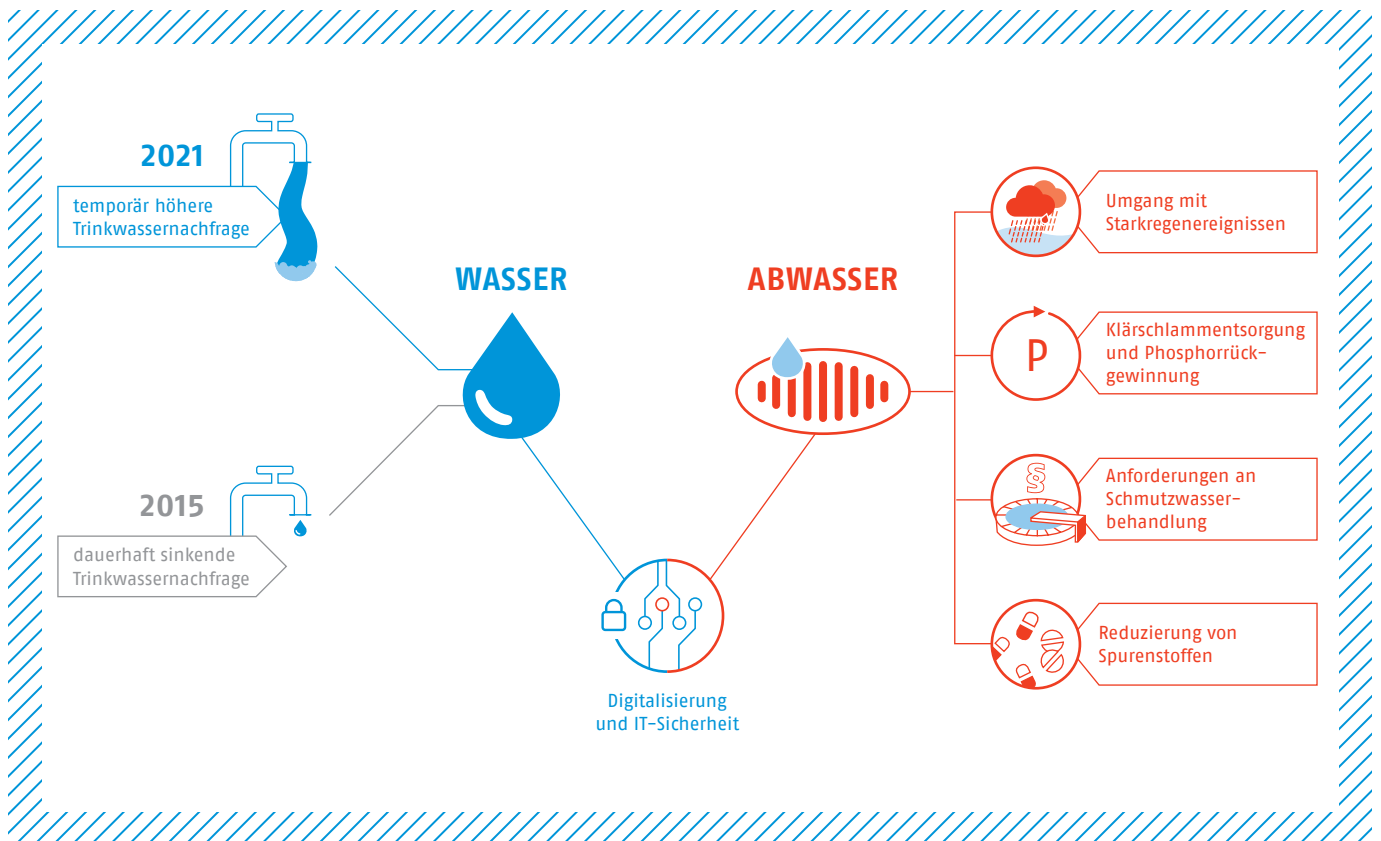


Abbildung 3: Herausforderungen in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

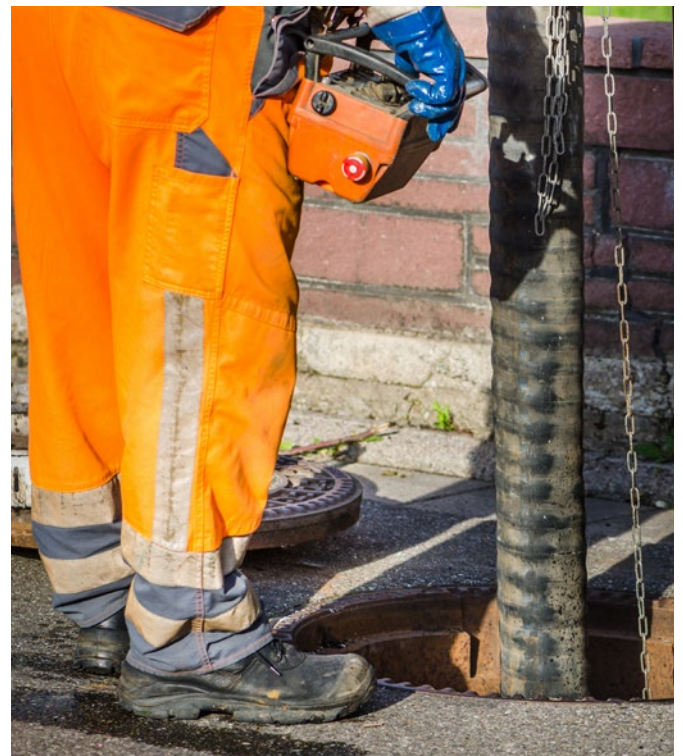
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

So gehen zwei Drittel der Wasserversorger davon aus, ihre zukünftigen Investitionen noch mehr auf die **Stärkung der Versorgungssicherheit und Resilienz** auszurichten. Für die Abwasserentsorger spielen gleichzeitig die Investitionen in die **Klärschlamm- und Phosphorrückgewinnung** (39 Prozent) und in die **Niederschlagswasserbewirtschaftung** (33 Prozent) eine wichtige Rolle.

Klimawandel bestimmt zunehmend die Investitionstätigkeit

Investitionen in die Infrastrukturen der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind aufgrund ihrer Langlebigkeit generationsübergreifend. Veränderte Rahmenbedingungen stellen die Unternehmen deshalb vor große Herausforderungen, denen sie mit innovativen und passgenauen Lösungen vor Ort begegnen.

Besonders die **Auswirkungen des Klimawandels** werden sich zunehmend auf die Investitionstätigkeit auswirken. Mit der Trockenheit und den Dürrephasen der Jahre 2018 bis 2020 stellt sich für viele **Wasserversorger** dauerhaft die Frage, wie sie ihre Systeme fit für eine temporär höhere Trinkwassernachfrage machen können (s. Abbildung 3). Mit Blick auf die letzten Befragungsergebnisse aus dem Jahr 2016 wird die Relevanz besonders deutlich. Damals gaben noch drei Viertel der befragten Wasserversorger eine sinkende Nachfrage als große Herausforderung für ihre Investitionstätigkeit an, nachdem die Wasserabgabe an Haushalte und Unternehmen in den zurückliegenden 30 Jahren kontinuierlich zurückgegangen war. Dies hat – Stand heute – als wichtiger Treiber deutlich an Relevanz verloren.



Auch in der **Abwasserentsorgung** bestimmen klimatische Veränderungen die Handlungserfordernisse (s. Abbildung 3). Bereits vor der Flutkatastrophe im Juli 2021 war für zwei Drittel der Abwasserentsorger in Deutschland klar: Der Umgang mit und die Bewältigung von Starkregenereignissen werden die künftigen Investitionsentscheidungen im Abwasserbereich entscheidend mitbestimmen.

Zusätzlich sind die Entsorgungsunternehmen aber darüber hinaus mit der Klärschlamm Entsorgung und Phosphorrückgewinnung, den zunehmenden Anforderungen an die Schmutzwasserbehandlung oder der Reduzierung von Spurenstoffen vor große Herausforderungen gestellt. Deutlich wird im Trinkwasser- und im Abwasserbereich, dass die fortschreitende Digitalisierung und Sicherheit der IT-Systeme immer stärker in den Vordergrund treten.

Hemmnisse für Investitionen beseitigen

Investitionen müssen finanzier-, plan- und umsetzbar sein. Dazu bedarf es der **(kommunal-)politischen Akzeptanz für die damit verbundenen Entgeltsteigerungen** und dort, wo der Infrastrukturerhalt nicht allein durch Entgelte schulterbar sein wird ohne Belastungsgrenzen zu überschreiten, **mehr und besser zugängliche Fördermittel**. Die **Erleichterung der interkommunalen Zusammenarbeit** kann besonders im ländlichen Raum ein geeigneter Hebel sein, um die Infrastrukturkosten zukunfts fest auf mehr Schultern zu verteilen.

Gleichzeitig zeigen die Befragungsergebnisse aber auch: Die Ausweitung der erforderlichen Investitionen scheidet nicht allein am Geld (s. Abbildung 4). Für viele der befragten Unternehmen stellt der **Mangel an geeigneten Baufirmen** ein zunehmendes Problem dar. Ein höheres Auftragsvolumen zu angemessenen Baupreisen lässt sich in der derzeitigen Marktlage nicht platzieren. Zudem fehlen **personelle Kapazitäten** häufig auf Seiten der Unternehmen und der Genehmigungsbehörden. Damit Infrastruktur also nicht nur finanzierbar bleibt, sondern erhalten und gebaut werden kann, müssen **nicht-monetäre Investitionshemmnisse wie der Fachkräftemangel** an allen Stellen (Unternehmen, Bauwirtschaft, Behörden) abgebaut werden. Dafür ist es erforderlich, dass gerade die Berufsbilder handwerklicher und technischer Berufe nicht nur aus den Fachbranchen heraus, sondern auch seitens der Politik attraktiver beworben werden. Um die erforderlichen Kapazitäten nach den immer deutlicher zu Tage getretenen Engpässen der letzten Jahre wieder aufzubauen, müssen auf investiver Seite die Voraussetzungen geschaffen werden, die öffentlichen Investitionen dauerhaft zu erhöhen und zu verstetigen. Dazu kann die **Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren** beitragen.

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)
Abteilung Wasser/Abwasser und Telekommunikation

Marcel Fälsch | Fachgebietsleiter
Wirtschafts- und Ordnungspolitik (Wasser/Abwasser)
Telefon: 030 58580-154 | E-Mail: faelsch@vku.de

Dr. Britta Ammermüller | Bereichsleiterin
Wirtschafts- und Ordnungspolitik (Wasser/Abwasser)
Telefon: 030 58580-154 | E-Mail: ammermueller@vku.de

Weitere Informationen: www.vku.de/schatz

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media
Bildnachweis: © patila/stock.adobe.com (S. 3), © tefufoto/stock.adobe.com (S. 4)
Stand: November 2021

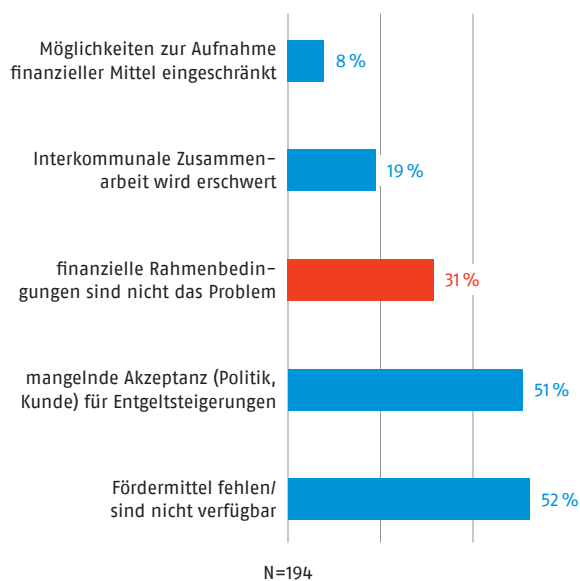
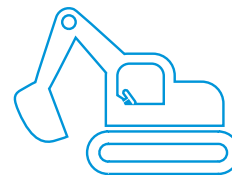


Abbildung 4: Was sind Hemmnisse für geplante und erforderliche Investitionen? © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

